



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

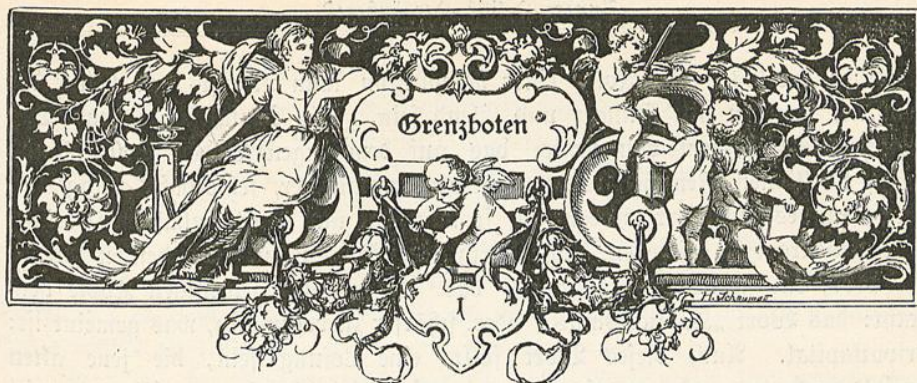
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Innere Politik oder äußere?

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Innere Politik oder äußere?



Wir jungen Deutschen von heute sind die Söhne unserer Väter auch in politischer Beziehung, aber solche, denen es im Vaterhause zu eng geworden ist. Aus jeder der alten Parteien sind Abteilungen ausgezogen, haben sich zusammengethan und bilden die kampfbereite Jugend, ein *ver sacrum*, das bereit ist aufzubrechen, um sich in der fremden Zukunft neue eigne Feinde und eigne Arbeit zu suchen. Was uns allen gemein ist, das ist eigentlich nur die Unzufriedenheit mit der Gegenwart und die Hoffnung auf die Zukunft, Eigenschaften, die nun einmal von den Fehlern und Vorzügen der Jugend untrennbar sind. Aber in einem Punkte denkt wohl die große Mehrzahl gleich. Das Wort „Sozialisten“ hat für uns den gehässigen Klang verloren, den es von 1878 her hatte; im Gegenteil, wir lieben das Wort, wir spielen damit wie Knaben mit Früchten, die eben noch verboten waren. Einige von uns nennen sich christlich-sozial, andre deutsch-sozial, noch andre national-sozial, ja manche scheuen sich sogar nicht, sich als Demokraten zu bekennen. Somit wären sie denn Sozialdemokraten. Und dennoch trennt uns ein Schlachtfeld von der Partei, die eigentlich diesen Namen führt.

Ein Wort ist es, das uns grundsätzlich und immer von jenen Sozialdemokraten scheiden wird, das Wort „Revolution.“ Wir lächeln über die, die glauben, die Sicherheit und das Glück der Ärmsten mit einem Putsch, einem Kladderadatsch, einer Revolution zu erreichen. Wir können die wirtschaftliche Kultur von oben her beobachten. Wir wissen, wie verletzlich, wie zart der Organismus einer Wirtschaft von fünfzig Millionen Menschen ist. Jede plötzliche Störung muß Schaden bringen. Sowie eine Revolution auch nur geahnt wird, stehen hunderte von Betrieben still, sind tausende von

Menschen brotlos. Die Folge einer Revolution kann niemals das Glück der Ärmsten, sondern nur Hunger und Elend sein. Die Sozialisten sagen: Das wirtschaftliche System von heute, das auf dem engen Boden Deutschlands fünfzig Millionen Menschen ernährt, ist plump, unsicher, fehlerhaft. Mag sein. Aber wenn es verbessert werden soll, so kann das nur durch anhaltende, mühevollle Kulturarbeit geschehen, nicht durch eine Revolution. So denken wir.

Noch ein zweites Wort ist es, das die sozialdemokratischen Köpfe heiß macht: das Wort „Kapitalismus,“ oder, schärfer zu bestimmen, was gemeint ist: Privatkapital. Auch dieses Wort sollte eine Lösung sein, die jene alten Sozialdemokraten und uns scheidet wie zwei feindliche Heere. Aber es will uns scheinen, als ob viele von uns Tungen nicht ganz frei wären von jenem echt sozialdemokratischen Haß gegen das Privatkapital. Von solchen wird der Großbesitzer abgemalt als ein verstockter Sünder, der zwar die Macht hätte, allen Menschen zur Glückseligkeit zu verhelfen, aber aus Bosheit vorzieht, alle im Elend zu halten. Es wäre ein Unglück für das deutsche Volk, wenn die Führer der neuesten sozialen Bewegung blind würden gegen die Grenzen des Möglichen und wie die Sozialdemokraten mehr versprächen, als sie halten können. Wer sich zum Volkstribunen macht, der muß genau das Gefühl der Verantwortlichkeit für die Erfüllbarkeit seiner Versprechungen haben, wie ein Minister auch, sonst gehört er nicht unter die Regierer, sondern unter die Verföhler des Volks. Will die neue Partei ebenso wie die alte ihre Kessel mit dem Neid und der Begehrlichkeit der Kleinen heizen, so werden ihr freilich die Kohlen nicht ausgehen, aber sie wird eine wilde Fahrt machen.

Da nun alle Tage reichlich von Sozialisten aller Art gegen das Privatkapital geschrieben wird und ihm seine Sünden vorgehalten werden, so wollen wir einmal von unserm Standpunkt aus für das Privatkapital schreiben und sowohl seine Verdienste als auch seine Dhnmacht dagegen halten. Von unserm Standpunkt aus; das soll heißen: von dem Standpunkte des wissenschaftlichen Sozialismus aus, der sagt: Bloß die Arbeit ist es, die Werte schafft. Aber sie erhält nur einen kleinen Teil des Geschaffnen, sagen die Gegner, das übrige zahlt sie als Tribut an die, die durch allerlei Rechtstitel im Besitze der Arbeitsmittel oder, allgemeiner gesprochen, der Arbeitsgelegenheit sind. Zugegeben, aber nun kommt der Sprung aus der Wissenschaft in die Politik, aus den Thatsachen in die Utopie. Der Agitator fährt fort: Wenn dieser Tribut nicht wäre, so brauchtet ihr nicht so furchtbar zu arbeiten, ihr brauchtet nicht zu hungern, ihr würdet nicht krank werden, ihr könntet eure Kinder ehelich erziehen, euer Elend wäre vorbei. Liegt es nicht nahe, erst einmal die Höhe jenes Tributs an die Kapitalisten zu überschlagen, ehe man es unternimmt, daraus die Kosten der allgemeinen Glückseligkeit zu bestreiten?

In der „Zeit,“ dem Organ der neuesten sozialistischen Bewegung, lesen wir: 75 Prozent aller erwerbsfähigen Deutschen haben ein Einkommen unter

neunhundert Mark, 99 Prozent haben ein Einkommen unter sechstausend Mark. Der Mitarbeiter der „Zeit“ schließt daraus auf eine soziale Krankheit. Eine andre Folgerung dürfte näher liegen: nämlich daß die Hilfe recht ohnmächtig sein würde, die aus einer andern Verteilung der nationalen Reichtümer kommen soll. Für uns ist das Überraschende an diesen Zahlen immer die Tatsache gewesen, daß die Zahl der bedrückten Lohnarbeiter so groß und die Kopfzahl der „Schmarozer“ so über Erwarten klein ist. Die Basis der Pyramide ist breit, und es sieht nicht so aus, als ob es ihr sehr sauer werden könnte, die kleine Spitze zu tragen.

Der Neid der Ärmern wird natürlich alle Einkommen über zweitausend Mark für Luxus und darum für verteilungsfähig erklären. Darin irrt er aber. Nach Marx muß der Lohn mindestens die Reproduktionskosten des Arbeiters betragen. Wir glauben nicht, daß die Reproduktionskosten des Standes der Richter, des Standes der Ärzte, der Kaufleute, der Betriebsleiter einen geringeren Gehalt erlauben, als heute meist gezahlt wird, vielmehr wird im sozialistischen Staate ein höherer Gesamtgehalt an die Beamtenklasse nötig werden, da in manchem Beruf heutzutage die Reproduktion der Arbeiter nur mit Zuschuß möglich ist. In den mittlern Einkommen sind also nicht die Schätze zu finden, die nur gehoben zu werden brauchen, um alle Welt glücklich zu machen. Wir müssen uns zu den reichsten wenden.

Man weiß ja heute von der preussischen Einkommensteuer her, wie die irdischen Glücksgüter verteilt sind. Wie groß mag die Summe aller großen Einkommen bei uns sein, die achttausend Mark übersteigen? Es wäre von hohem Interesse, diesen Tribut, den die Arbeit an die Besitzer zahlt, jenem andern Tribut gegenüberzustellen, den die Arbeit auf Grund der Reichsversicherungsgesetze an die Unterstützungsbedürftigen zahlt, und der in einigen Jahren, wie man sagt, die Höhe einer halben Milliarde jährlich erreichen wird. Man beklagt oft, daß diese Unterstützungen so gering seien, obwohl sie doch nur an einen Teil der Volksgenossen verteilt würden. Sollte aber das Gesamteinkommen der Reichen wirklich zehnmal oder zwanzigmal größer sein, so würde es doch, wenn es an alle verteilt würde, eine ebenso geringe Hilfe bilden.

Nun könnte man einwenden: Das sind die Einkommen, aber wo bleiben die Riesenvermögen? An der angeführten Stelle in der „Zeit“ kommt erst noch der Haupttrumpf für die Beweisführung der sozialen Krankheit: 14,05 Prozent des steuerfähigen Vermögens sind in den Händen von 0,016 Prozent der Bevölkerung! Das heißt ins Deutsche übersetzt: Auf sechstausend Menschen kommt erst einer, der ein wirklich großes Vermögen hat. Wie reich muß er also sein, um jenen sechstausend aus seinem Überfluß zu helfen?

Die modernen Vermögen bestehen aber nicht in Gold oder Rinderherden, sondern in Papier. Diese Millionen sind nur Fiktionen, die ihren Wert verlieren in dem Augenblick, wo die dazu gehörigen Rechtsverhältnisse nicht mehr

gelten, die schon unwahr werden, wenn ein Krieg oder eine Revolution den ruhigen Gang der Geschäfte stört. Diese Aktien und Hypotheken gelten eigentlich nur für einen Augenblick wirklich so viel in Gold oder Lebensmitteln, als sie anzeigen, nämlich dann, wenn sie von einem Kapitalisten an den andern verkauft werden. Beschließen aber alle Kapitalisten, ihre Papiere zu verkaufen, so würden diese Papiere eben nur Papier sein, weil niemand dawäre, der „Realitäten“ dafür geben könnte. Und so würde es auch den Proletariern gehen, wenn sie die Vermögen der Reichen teilen wollten. Sie würden von allen Millionen Rothschilds nur Papier übrig behalten und das Anrecht auf Rente aus diesem Landgut oder jener Fabrik, vorausgesetzt, daß beide noch gut im Stande wären und mit Erfolg wirtschafteten.

Wie groß ist also der Fonds, aus dem die Kurkosten des allgemeinen Elends bestritten werden sollen? Das ist eine Frage der Zahlen, die das Einkommen der Reichsten im Volke angeben. Ob sich damit viel Thränen werden trocken lassen? In der „Zeit“ sind zuweilen adhortationes ad populum zu lesen, z. B. „Ihr Postillone, ihr bekommt nur 1,50 täglich Lohn! Das ist zu wenig. In Frankfurt am Main kann man damit nicht leben!“ Ei, es müssen tausende damit in Frankfurt leben und hunderttausende im ganzen Reiche. Dieser Lohn liegt eher über dem Durchschnitt, weil er keinen Tag im Jahre ausfällt. Ist es denn wirklich nur eine Sache des guten Willens, hunderttausenden ihren Lohn auch nur um einen Groschen täglich zu erhöhen? Und wenn sie diesen Groschen haben, bekommen sie dafür auch ein Stück Brot mehr?

Das Privatkapital erfüllt zur Zeit einige wichtige Aufgaben, die auch in einem sozialistisch geordneten Staate nicht vernachlässigt werden dürfen. Ein großer Teil des Tributs, den die Arbeit an die Besitzer der Arbeitsgelegenheit zahlt, wird von diesen nicht verbraucht, sondern aufgespeichert und benutzt zur Erweiterung der Produktion, das heißt dazu, immer größere Menschenmassen gewinnbringend zu beschäftigen, eine sehr gemeinnützige Aufgabe, der sich auch eine sozialistische Gesellschaft nicht wird entziehen können gegenüber der Thatsache, daß es das Volk liebt, zu wachsen, die aber in jener neuen Welt riesengroß werden könnte, wenn nicht Heiratsbeschränkungen eingeführt werden. Es genügt nicht, daß man zu denen, die als Volkszuwachs ins Leben treten, sagt: Arbeitet! Damit ist die Existenzfrage noch nicht gelöst. Denn in der sozialistischen Bibel von Karl Marx steht wohl: „Nur die Arbeit schafft Werte,“ aber nicht „jede Arbeit schafft Werte.“

Wieviel mag wohl heute das Privatkapital für diese Zwecke von seinem Einkommen abgeben? Wer da weiß, was bei heutigem Zinsfuß dazu gehört, aus einem Einkommen ein Vermögen zu sparen, der wird es nicht gering anschlagen. Der Stolz der reichen Leute dieser Zeit ist nicht der Luxus, sondern die Vermehrung ihres Vermögens. Viele von ihnen arbeiten wie die Pferde an der Erweiterung der Produktion und dienen dabei dem Gemein-

wohl. Ob die Bürokraten des sozialistischen Staates ebenso übereifrig sein werden? Bürokraten pflegen mit ihrer Arbeitskraft nicht verschwenderisch umzugehen.

Das Privatkapital trägt auch zum größten Teil das Risiko der Produktion. Der Arbeiter denkt, Kapitalisten könnten nur gewinnen. Sie können aber auch verlieren. Die Betriebe, die dankbar sind und Rente tragen, sind überall zu sehen, die aber, die bankrott geworden sind und Vermögen verschluckt haben, sind nicht zu sehen, weil sie verschwunden sind. Aus diesen Betrieben ging der Arbeiter nach Hause mit Lohn für eine Arbeit, die keinen Mehrwert geschaffen, ja überhaupt keinen entsprechenden Wert geschaffen hat, weil sie aus irgend einem unvorhergesehenen Grunde nicht der gesellschaftlichen Durchschnittsarbeit entsprach. Der Unternehmer hatte sich eben verrechnet. Werden sich die zukünftigen Direktoren der sozialistischen Produktion nicht verrechnen? Wenn unter der feudalen Wirtschaft Missernten vorkamen, so litten unter ihnen hauptsächlich die kleinen Frohnleute; ihre Entbehrungen mußten den Ausfall decken. Der Lohnarbeiter von heute hat keine solchen Sorgen. Er bekommt seinen Lohn, ob der Herr viel oder wenig erntet oder auch gar nicht auf seine Kosten kommt. Verluste durch schlechte Ernten ohne Teuerung, durch Überschwemmung von Bergwerken, durch Verminderung der Rentabilität ganzer Betriebsarten, z. B. der Landwirtschaft, werden heute in erster Linie vom Privatkapital getragen. Würde es ein Fortschritt sein, wenn man die arbeitende Klasse wieder am Gewinn und Verlust beteiligen wollte? Auch im sozialistischen Staate wird es eine Profitrate geben müssen, einen Zins, der erstens aufgespeichert wird für die beständige Erweiterung der Produktion, zweitens bestimmt ist, das Risiko zu decken. Da man nun heute die auffallende Beobachtung macht, daß alle staatlichen Versicherungen teurer wirtschaften als private, so ist anzunehmen, daß auch die Direktoren der sozialistischen Arbeit teurer wirtschaften werden als die Unternehmer von heute.

Nach Abzug dieser gemeinnützigen Ausgaben des Kapitels bleibt der Teil des Einkommens übrig, der für den Luxus verbraucht, für schöne Kleider, Häuser, Equipagen, Champagner und Austern, Kunstwerke und ästhetische Genüsse aller Art ausgegeben wird. Doch wollen wir nicht vergessen, daß sich auch hierunter noch öffentliche Ausgaben des Privatkapitals verstecken. Kunst und Wissenschaft, Kunsthandwerk, Pferdezucht, Gartenzucht und allerlei anderer nützlicher Sport haben ihre Existenzmittel bisher nur zum kleinsten Teile vom Staat erhalten oder aus dem Geschäft gezogen. Verbieten wir den Privatvermögen, so werden nicht nur die notwendigen Beamten, Lehrer, Erfinder, Nationalökonomien fehlen, denen bisher ihre gemeinnützige Arbeit nur mit Zuzuschuß von eigenem oder fremdem Privatvermögen möglich war, sondern wir ermorden auch im Mutterleibe die zukünftigen Raphael und Mozart. Denn zu den Künsten gehört Muße. In jener Zukunft aber wird nicht nur jedermann

arbeiten, sondern jedermann wird arbeiten müssen. Der sozialistische Staat wird Mittel zu finden haben, dieser Verarmung unsrer Kultur vorzubeugen.

Nachdem auch diese Abzüge gemacht sind, bleibt endlich der Teil des Tributs der Arbeit übrig (nach dem Urteil derer, die keinen Anteil daran haben, ein recht großer Teil), der von dem Privatbesitz für „wirklichen Luxus“ verbraucht wird, schönen und unschönen, anständigen und unanständigen, bescheiden und unbescheiden, und mit diesem Überfluß der Reichen soll dem Elend der Armen geholfen werden. Jedermann aber wird einsehen, daß man auch diesen Goldstrom nicht leichtsinnig durch andre Taschen leiten darf. Man läuft sonst Gefahr, ebensoviel zu schaden als zu nützen. Verboten ist den Reichen ihren Luxus in schönen Wagen, um damit Arbeitslose zu füttern, so werden bald ebensoviel hungrige Wagenarbeiter vor euern Thüren stehen, die Arbeit und Brot verlangen. Die Reichen verschlucken ja nicht das Geld, das ihnen ihre Arbeiter verdient haben, sondern sie geben es wieder aus als Arbeitslöhne, und zwar alles ohne Abzug. Trinkt ein Gutsbesitzer eine Flasche feinen Rheinwein, so zahlt er darin Arbeitslöhne für Transport und Winzerarbeit, freilich auch noch einen Beitrag für Bodenrente an den Besitzer des Weingutes. Aber der ist ja auch Kapitalist, das Geld ist also vorläufig noch in der Kapitalistenklasse geblieben, der eine hat dem andern einen Teil des von ihm eroberten Mehrwertes abgegeben. Aber schließlich kehrt auch dieser Teil als Arbeitslohn an die Arbeiter zurück. Bloß die ins Ausland gehenden Summen sind zu beklagen. Aber unsre Arbeiter denken ja international, vielleicht mit Recht, denn auch diese Summen kommen wieder.

Worin besteht also der Reichtum der Reichen? Nicht darin, daß sie den Armen das Brot vom Munde wegnehmen. Um ihretwillen braucht in Deutschland keiner zu hungern. Es können sich mit ihnen so viel Menschen in unserm Vaterlande durchschlagen, wie ohne sie! Ihr Reichtum besteht in ihrer Macht; darin, daß sie den einen Teil der Arbeiter länger arbeiten lassen, damit ein anderer Teil Zeit hat, für den Luxus der Herren zu sorgen. Die große Masse schafft Brot, Kleider, Häuser, Bier und Cigarren für sich selbst und noch ein wenig mehr, und diesen Überschuß geben die Herren an eine andre Truppe, die sich dafür mit Luxusgütern erkenntlich zeigt.

Man könnte ja nun die Herren der Arbeit übergehen und den Mehrwert unmittelbar an die ehemaligen Luxusarbeiter zahlen. Man würde dann die Erfahrung machen, daß gar keine Glücksgüter übrig wären, außer der freien Zeit dieser Arbeiterklasse, die nun in der Lage wäre, den andern einen Teil ihres Tagewerks abzunehmen oder bei gleichbleibender Arbeitszeit für einen bescheidenen Überfluß und Komfort aller zu arbeiten. Wieviel das abwerfen würde, hängt von dem Zahlenverhältnis der Luxusarbeiter zu den Gesamtarbeitern ab, aber nur derer, die für den Staat der Reichen, nicht auch derer, die für den Glitter der Armen arbeiten, worüber es nicht schwer sein kann

eine Anschauung zu gewinnen. Aus diesem Zahlenverhältnis kann man denn auch schließen auf die Masse des Mehrwertes, die durch die Hände der Herren an ihre Diener kommt, und die die Größe des Reichthums der Reichen zuverlässig angiebt.

Luxussteuern sind von jeher nur wenig ergiebig gewesen. Es will uns darum scheinen, als ob der Luxus nur einen kleinen Teil der nationalen Arbeit in Anspruch nehmen könnte, und als ob für die Armen nicht viel gewonnen werden würde, wenn ihre Herren in der Verschwendung verschwänden. Wir für unsre Person sind außerdem altmodisch genug, noch an den alten Malthus zu glauben, der behauptet, daß jede Erleichterung ihres Loses von den untern Klassen mit einer Vermehrung des Kindersegens beantwortet wird — denn das ist der Luxus, auf den sie Wert legen —, es sei denn, daß jene langsame Steigerung der Bedürfnisse, in der sich die fortschreitende Kultur der untern Klassen anzeigt, wirksam entgegenarbeitet.

Eins nur würde mit Sicherheit bei solcher Ausschaltung der Herren erreicht werden: es würde vieles von dem erfrieren, was wir bisher als die Blüten unsrer Kultur geliebt haben. „Keine Kultur, sagt Friedrich Niehsche irgendwo, ohne Sklaverei, und wo eine feinere Kultur gegründet werden soll, da handelt es sich immer nur um eine feinere, verstecktere Art von Sklaverei.“ Der antike Herr ließ einen Teil seiner Sklaven das Notwendige hervorbringen, andre dienten seinem Wohlleben. Ebenso ist es noch heute. Hier sind die Lohnarbeiter, die das Notwendige hervorbringen, dort die, die die Luxusgüter schaffen, und zwar für die, die nach dem Ausdruck der Engländer das *command of labour* haben, für die Herren der Arbeit. Wer dem Volke vorredet, es könnte seine Herren loswerden, verspricht ihm zu viel. Ja, diese Herren wohl, aber es bekommt andre dafür, und zwar rohere, rücksichtslosere, Leute, die noch nicht ganz das Gewissen von Herren haben, Leute seinesgleichen. Regiert muß werden. Darum wird auch im sozialistischen Staate die Menge ihre Herren finden: Herren, die im Besitze der Arbeitsgelegenheit sind, die das Kommando über die Arbeit haben, Arbeitgeber, die die Macht haben und dementsprechend angesehen werden wollen. Einen Unterschied nur wird es geben. Es kann jeder bei Gelegenheit einmal Herr werden, aber leider nicht alle, nur jeder. Nun, geht denn das heute nicht auch schon?

Aber wenn auch nicht die Herren, den Luxus der Herren wird man dann doch los sein? Vielleicht. Aber ist denn der Luxus heute so groß? Wo sind denn die Reichen, die wochenlang offene Tafel halten können, wie die Fürsten des Mittelalters? Oder steht die heutige Verschwendung zur Lebenshaltung des Volkes in dem Gegensatz, wie die Pracht des sächsischen Hofes im vorigen Jahrhundert zur Armut des Landvolkes? Wieviel Herren sind denn heute noch in der Lage, sich einen persönlichen Diener halten zu können, was doch vor hundert Jahren allgemein war? Der Stolz der Herren dieses Zeitalters

ist Arbeit, viel Arbeit. Ja man hat die heutige Vergröberung des Geschmacks und der Sitten darauf zurückgeführt, daß die Reichen zuviel Arbeits- und Erwerbsfönn haben, aber sehr wenig Sinn für vornehmen Luxus.

Sollten aber die zukünftigen Herren gar keinen Sinn für Luxus haben, so würde auch das dem Volke nicht recht sein. Panem et circenses — das Volk will nicht nur Brot, sondern auch Spiele. Die Schauspieler aber, die es am meisten liebt, sind seine Großen, seine Fürsten, seine Edeln. Die sollen ihm allerlei rührsame Stücke von Vaterlandsiebe, Todesverachtung, Sitteneinheit und Weisheit aufföhren, und wehe ihnen, wenn sie wie kleine Leute denken und sich verstecken. Sie müssen sich in ihrem Glanze zeigen und weltbewegende Thaten thun. Sonst wird das Publikum ungeduldig und verlangt andre. Sparsamkeit und Bescheidenheit sind kleinbürgerliche Tugenden, die dem nicht anstehen, der über Großes befiehlt. So denkt das Volk.

Wo bleibt aber noch Sozialismus bei solchen Anschauungen? Der den Schulzwang einföhrete, das war der erste praktische Sozialist. Daß jedermann bei uns lesen kann, das giebt der Bewegung des vierten Standes ihre innere Berechtigung. Der ihm das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht gab, das war der zweite Sozialist. Denn nachdem man die Menge bewaffnet hat, kann man nicht umhin, dafür zu sorgen, daß sie nicht durch Hunger gefährlich werde. Bei diesen beiden mögen sich die Leute beklagen, denen die wirtschaftliche und politische Befreiung der Arbeiter unbequem ist. Uns aber ist diese Straße gerade recht, wir wollen auf diesem Wege weiter. Der vierte Stand ist nunmehr als politische Macht in die Welt gesetzt. Was einmal lebendig ist, kann man nicht anders wieder wegbringen als durch Mord und Totschlag. Wer möchte es wohl ernstlich unternehmen, den vierten Stand in seiner Kultur um ein Jahrhundert wieder zurückzubringen? Mag sein, daß das deutsche Volk, als es am frühesten unter den großen Völkern der europäischen Kultur jenes höchst freisinnige Wahlrecht erhielt, etwas zu früh mündig gesprochen ist. Aber seit Jahrhunderten schon war es für die Demokratie vorbereitet worden. Nun kann es bloß noch regiert werden mit einer Politik, die bei allem auch das Wohlbefinden des vierten Standes berücksichtigt. Wer aber die Troika hat leiten können, der wird auch noch vier-spännig fahren lernen. Es gilt über dem unvermeidlichen Ausschuß, dem Böbel, den die europäischen Kulturvölker wohl nie ganz los werden können, einen Arbeiterstand zu schaffen, der in einiger Sicherheit und Behaglichkeit nicht bloß von der Hand in den Mund lebt. Mit ein bißchen Besitz und ein bißchen Behagen stellen sich auch die weitem Tugenden der Kleinbürgerlichkeit ein: der kleine Hochmut des Besitzes, die friedfertige Bequemlichkeit, das Mißbehagen an der brotlosen Kunst der Politik.

Gerade ein solcher vierter Stand bildet den eigentlichen Reichtum einer Nation, nicht die papiernen Kapitalien, und erst mit solchen Leuten können

die blutigen und unblutigen Schlachten der Zukunft geschlagen werden. Jedermann, auch der geringste, der den deutschen Namen trägt, soll dieses Namens wert sein. Das ist das Ideal unsers nationalen Sozialismus.

Wir wollen kein „Proletariat“ — das ist zugleich das dritte Wort, das uns von der zünftigen Sozialdemokratie scheidet, die doch erst durchs Elend alle Menschen ins irdische Himmelreich führen will.

Wenn nun im Volke selbst nicht genug vorhanden ist, alle Kinder glücklich zu machen, sollte man da die Reichtümer nicht jenseits der Grenzen suchen? Möge die äußere Politik so glücklich sein, sie zu finden! Sie ist mächtiger als ihre Schwester, die innere, die Politik der Verteilung.



Der juristische Zopf



er allseitige Widerspruch, den die von der preußischen Justizverwaltung in Aussicht genommene Auswahl unter den Gerichtsassessoren gefunden hat, gründete sich, wie noch in frischer Erinnerung steht, auf das Mißtrauen gegen die Grundsätze, von denen, wie man befürchtete, diese Auswahl in Wirklichkeit geleitet sein würde. Man nahm allgemein an, es würden dabei nicht sowohl die fähigsten, geschicktesten und charaktvollsten Männer den Vorzug erhalten, sondern auch ohne es geradezu zu beabsichtigen, werde es sich ganz von selbst ergeben, daß die Streber, die Geschmeidigen, die sich den Launen und Schwächen der Vorgesetzten geschickt anpassen, den Mitbewerbern den Rang ablaufen würden, und das Ende werde eine Verminderung der Unabhängigkeit des Richterstandes sein, die doch mit Recht für eine der wesentlichsten Bürgschaften eines gesunden öffentlichen Lebens gilt.

So berechtigt auch diese in juristischen wie in Laienkreisen so lebhaft hervorgetretene Strömung gewesen ist, so läßt sich doch nicht verkennen, daß dabei eine ganz bestimmte, sehr wesentliche Seite der Frage nicht die ihr gebührende Beachtung gefunden hat. Wir geben zu, daß eine bestimmte Absicht über die Art, wie die Ergänzung des Richterstandes in Zukunft vorgenommen werden sollte, von vornherein in den maßgebenden Kreisen bestanden hat. Gewisse Bemerkungen über Mangel an gesellschaftlicher Vornehmheit, wie sie bei den parlamentarischen Verhandlungen und in einigen Zeitungen laut wurden, ferner die Äußerung des Justizministers über die zulässige Zahl der jüdischen Richter geben ja ungefähr einen Anhalt dafür, wie sich die Freunde